

7. September 2006

# Der Pflegefall wird zur Pflegefalle

Missverhältnis zwischen Pflegegeld und tatsächlichem Finanzbedarf macht private Zusatzabsicherung notwendig

Der Markt für Pflegeversicherungen ist in Österreich noch ziemlich jung und hat erst wenige Angebote hervorgebracht. Dies dürfte sich in den kommenden Jahren ändern.

Herr und Frau Österreicher werden immer älter. Doch „leider erfüllt sich für immer mehr Menschen der Traum vom Altern in Gesundheit nicht“, so Dr. Thomas

Taut, selbständiger Wirtschaftsberater in Wien. „Die Zahl der Pflegegeldbezieher ist im Juni 2006 auf ein Rekordniveau von 550.000 Personen angestiegen. Damit sind bereits mehr als vier Prozent der Bevölkerung permanent auf fremde Hilfe angewiesen, über zwei Drittel davon sind Frauen.“ Ohne Vorsorge ist der Pflegefall laut Taut auch eine Pflegefalle, nämlich der sichere Weg in die Armut.

Seit 1993 kann jeder Betroffene einen Zuschuss vom Staat beantragen. Um in den Genuss dieser Sozialleistung zu kommen, muss der Patient massive Pflegebedürftigkeit nachweisen. Mindestens 50 Stunden pro Monat für Stufe 1, in den Stufen 4 bis 7 bereits 160 bis 180 Stunden und mehr.

Dass das staatliche Pflegegeld nur einen Teil der tatsächlich anfallenden Kosten abdeckt, ist staatlich so gewollt. „Der Steuerzahler bringt dafür jetzt ohnehin schon fast 1,8 Milliarden Euro pro Jahr auf, Tendenz massiv steigend“, rechnet Taut vor.

## Anzahl der Pflegegeldbezieher steigt jährlich

Seit der Einführung dieser Sozialleistung ist die Anzahl der Pflegegeldbezieher um über 2,5 Prozent pro Jahr gestiegen. „Angesichts dieser Steigerungsraten musste sogar die Valorisierung der Pflegegelder auf der Strecke bleiben“, so Taut. „Nach mehr als acht Jahren wurde es mit Jänner 2005 erstmals wieder um magere zwei Prozent erhöht.“

Dieses Pflegegeld beträgt heute – je nach gesundheitlicher Beeinträchtigung – von 148 Euro in Stufe 1 bis maximal 1.562 Euro pro Monat in Stufe 7. Eine professionelle Pflegestunde kostet im Mittel etwa 18 Euro. Die meisten Pflegegeldbezieher erhalten gerade

einmal 273 Euro für die Stufe 2, müssen für mindestens 70 Stunden Betreuung aber 1.260 Euro zahlen, das sind 1.000 Euro pro Monat aus der eigenen Tasche.

Besonders krass ist das Missverhältnis in Stufe 4. Für Pflegegeldbezieher dieser Kategorie ergibt sich ein monatliches Defizit von etwa 2.400 Euro. Doch auch mit dieser Situation müssen immerhin 50.000 Österreicher fertig werden. „Um daheim in Würde altern zu dürfen, muss also nicht zu knapp auf Ersparnis zurückgegriffen werden“, gibt Taut zu bedenken.

## Was Pflegeheime kosten

Kein „Schnäppchen“ ist allerdings auch die Alternative Pflegeheim. Öffentliche Heime kosten 2.400 Euro pro Monat, private bis zu 5.000 Euro. „Der durchschnittliche Pflegefall dauert sechs Jahre. Da kommen bereits Beträge von 100.000 Euro und mehr zusammen, und zwar zusätzlich zu sämtlichen sonstigen Ausgaben“, so Taut. „Und wenn das letzte eigene Kapital aufgebraucht ist, werden je

nach Bundesland sogar die Kinder zur Zahlung herangezogen.“

Wieder einmal ist also private Vorsorge der einzige Weg, um auch dieser letzten Armutsfalle im Leben zu entkommen. Der Markt für Pflegeversicherungen in Österreich ist noch ziemlich jung und hat erst wenige Angebote hervorgebracht. Dies dürfte sich in den kommenden Jahren durch die Debatte und die damit steigende Bewusstseinsbildung wohl ändern.

## Kriterien für Versicherungen

Wichtigstes Kriterium ist die Einstufung der Pflegebedürftigkeit. Ein Teil der Versicherer lehnt sich an das Bundespflegegesetz von 1993 an und erhöht einfach die vom Staat gewährten Beträge. Die anderen Anbieter ermitteln den Pflegebedarf nach eigenen, individuellen Kriterien. Die sonstigen inhaltlichen Unterschiede liegen in den Wartezeiten bis zur erstmaligen Inanspruchnahme, bei den Leistungen während temporärer Pflegebedürftigkeit und bei Krankenhausaufenthalten. MD ■



Dr. Thomas Taut

Selbständiger Wirtschaftsberater  
in Wien; Tel. 0676/750-29-76  
e-Mail: thomas.taut@awd.at

>> Die Zahl der Pflegegeldbezieher ist im Juni 2006 auf ein Rekordniveau von 550.000 Personen angestiegen. <<